■ Empowering Interactions

Wim Blockmans, André Holenstein, Jon Mathieu (Hrsg. in Zusammenarbeit mit Daniel Schläppi), Empowering Interactions. Political Cultures and the Emergence of the State in Europe 1300–1900, Farnham/Surrey (Ashgate) 2009, 338 S., 65,00 £

Eine Vielzahl neuerer historischer Studien begreift Herrschaft als kommunikative Beziehung zwischen zentralen Behörden und lokalen Gesellschaften oder allgemeiner zwischen Akteuren unterschiedlicher hierarchischer Position. Dieser Ansatz wurde 2005 auf einer Konferenz zum Thema *Statebuilding from Below* diskutiert und zur Grundlage für einen Sammelband, der nicht nur zum Überdenken der Frage anregt, inwieweit Top-down- oder Bottom-up-Prozesse die Geschichte des europäischen Staates bestimmten, sondern auch – so das erklärte Ziel der Herausgeber – neue Perspektiven für das Verständnis von Staat überhaupt eröffnen soll. Einer forschungsgeschichtlichen und konzeptionellen Einleitung folgen 17 Fallstudien zu verschiedenen Regionen von Russland bis Spanien und einer Vielzahl von Zeiträumen vom 12. bis zum 19. Jahrhundert. Den Abschluss bilden sechs forschungsgeschichtliche und konzeptionelle Kommentare.

Die von André Holenstein verfasste Einleitung konzentriert sich auf die Formenvielfalt frühmoderner Staatswesen, die – so Holenstein – im Unterschied zum modernen Staat des 19. Jahrhunderts durch eine Vielzahl konkurrierender Machtzentren und nicht durch eine zentrale Staatsgewalt gekennzeichnet seien. Zwar gehe Staatsbildung mit einem langfristigen Prozess der politischen Machtzunahme an der fürstlichen oder aristokratischen Spitze frühmoderner Gesellschaften einher, aber dieser sei nicht unbedingt mit einem Machtverlust ständischer, kommunaler und anderer lokaler Konkurrenten der Zentrale verbunden. Vielmehr bedinge sich die Ausweitung von Gestaltungsspielräumen des Zentrums und der Peripherie, so dass beide Seiten als Initiatoren und Nutznießer des Ausbaus institutionalisierter und zentralisierter Machtausübung zu untersuchen seien. Dazu bringt Holenstein das am besten wohl mit »Machtbildung durch Interaktionen« zu übersetzende und für den Band Titel gebende Konzept von »Empowering Interactions« in Vorschlag. Den Vorzug gegenüber dem in der neueren deutschen Forschung häufig verwendeten Konzept des »Aushandelns« sieht Holenstein darin, dass der Fokus von vornherein auf nicht intendierte Ergebnisse der Kommunikation von Akteuren unterschiedlicher hierarchischer Position gerichtet werde.

Die Konzentration auf die Entwicklung frühmoderner Staaten, die – wie Holenstein betont – nicht als proto-modern verstanden werden sollten, lässt es weitgehend offen, in welche Beziehung die mit Hilfe von *empowering interactions* als *statebuilding* untersuchten Formen der politischen Organisation zur Herausbildung des modernen, zentralisierten und bürokratischen (National-)Staates zu setzen sind – als Voraussetzung, Begleiterscheinung, Hintergrund oder Gegenmodell. Dem Verzicht auf die Vorannahme einer eindeutigen Richtung von Staatsbildungsprozessen entspricht die zunächst etwas irritierende Gliederung der vorgestellten Fallstudien nach formal geographischen und erst nachgeordnet chronologischen Kriterien. Aber gerade die Irritation kann Leserinnen und Leser dazu anregen, jenseits einer vorgegebenen Ordnung Verbindungen zwischen weit entfernten Untersuchungszeiten und -räumen zu ziehen. Einige Beispiele seien herausgegriffen.

Bertrand Forcalez untersucht lokale Konflikte in Landstädten der Umgebung Roms. Er stellt für die zweite Hälfte des 17. Jahrhunderts eine wachsende Inanspruchnahme zentraler Institutionen des Papststaates und eine dementsprechende Veränderung der Argumentation fest: eine zunehmende Berufung auf staatliche Normen durch die Akteure. Auch die aufgrund der geographischen Gliederung sich anschließende

Studie von Caroline Castiglione zu einer Grundherrschaft in derselben Region am Ende des 18. Jahrhunderts verdeutlicht die Wechselwirkung von Bemühungen um herrschaftliche Konfliktregulierung und deren Inanspruchnahme durch lokale Akteure. Allerdings führte in ihrem Fallbeispiel die Kritik von Dorfbewohnern an der die Grundherrschaft innehabenden Familie dazu, dass sich die Grundherrin um Herrschaftsstabilisierung durch demonstrative Frömmigkeit und Mildtätigkeit bemühte. So entstand eine Form des religiösen Paternalismus, der sich in umfangreicher Verwaltung von Petitionen und in der Folge in Abmilderung gesetzlich vorgeschriebener Strafen sowie außergerichtlichen Lösungen von Konflikten niederschlug. Initiativen von unten konnten folglich wie im Beispiel von Forcalez zur Stärkung zentralstaatlicher Institutionen beitragen, ebenso aber religiöse und paternalistische Ordnungen hervorbringen.

Geradezu paradigmatisch für den Aufbau staatlicher Institutionen durch Initiativen »von unten« sind die Ergebnisse der Untersuchungen von Mats Hallenberg, Randolph C. Head und Niels Grüne. Hallenberg analysiert die Auseinandersetzungen um die Besteuerung in Schweden während des 17. Jahrhunderts. Er zeigt, dass Widerstand von Bauern gegen Steuerverpachtungen und ihre im Reichstag vorgetragenen Forderungen nach staatlicher Steuererhebung zum Aufbau einer hierarchischen Steuerverwaltung führten. Head verdeutlicht für Thurgau und Graubünden zwischen dem 16. und 17. Jahrhundert, wie ursprünglich situationsgebundene politische Verträge durch veränderte Lesarten zum zentralen Referenzpunkt lokaler Akteure in kommunalen Auseinandersetzungen aufstiegen und erst dadurch die Autorität von Grundgesetzen erlangten. Der Beitrag von Grüne zur Durchsetzung der Gemeinheitsteilungen in der Rheinpfalz während der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts zeigt den Einfluss lokaler Akteure in den Dorfgemeinden auf die Durchsetzung staatlicher Gestaltungshoheit. Allerdings verweist Grüne darauf, dass die Zusammenarbeit von Bürokratie und Gemeindemitgliedern temporär blieb und vor allem durch innergemeindliche Interessengegensätze bedingt war. Der Befund, dass ein staatsbildendes Zusammenwirken »von oben und unten« zumeist gegen dritte Akteure »dazwischen« gerichtet war, klingt in anderen Beiträgen ebenso an, auch wenn er zumeist nicht in den Mittelpunkt der Überlegungen gestellt wird.

Die Komplexität der Wechselwirkungen zwischen Gestaltungsansprüchen des Machtzentrums und Einflussnahme der lokalen Akteure wird unter anderem in den Studien von Simon Teuscher, Sandro Guzzi-Heeb und Arndt Brennecke deutlich. Teuscher untersucht für das Spätmittelalter die Inanspruchnahme der Ratsversammlung von Bern durch Einwohner der zum Berner Territorium gehörenden Stadt Thun, um lokale und persönliche Konflikte unter Umgehung des zuständigen Landvogts zu lösen. Er zeigt, dass die zunehmende Einflussnahme des Rats auf die lokale Verwaltung nicht direkt zur Entstehung institutioneller Verwaltungsformen führte, sondern zunächst veränderte Familien-, Patronage- und Marktbeziehungen abbildete. Auch nach der formalen Durchsetzung staatlicher Ordnung blieb die Bedeutung nichtinstitutioneller Organisationsformen erhalten, wie Guzzi-Heeb am Beispiel der breiten gesellschaftlichen Unterstützung eines Fälschers im Valais während der 70er Jahre des 19. Jahrhunderts verdeutlicht. Der Beitrag von Brennecke ist ebenfalls der Konkurrenz zwischen institutionellen und persönlichen Vertrauensbeziehungen gewidmet. Er führt anhand der spanischen Kolonialverwaltung aus, dass institutionell geregelte Wissensgenerierung über die Peripherie außerinstitutionell übermittelte Informationen nicht ersetzen konnte, da gerade die neu geschaffenen Institutionen im Verdacht standen, zur Durchsetzung von Sonderinteressen der an ihnen beteiligten Akteure zu dienen.

In der gemeinsamen Betrachtung der Beiträge wird deutlich, wie unterschiedlich

sich Wechselwirkungen zwischen Einflussnahme aus der Peripherie und den Formen der Entscheidungsfindung im Zentrum gestalteten. Forderungen und Kritik »von unten« trieben in vielen Fällen die Entwicklung institutioneller Formen der Verwaltung, die sich auf kodifizierte Grundsätze stützte, und damit die Staatsbildung voran. Allerdings blieben direkte und personalisierte Beziehungen neben institutioneller Staatlichkeit ein wesentlicher Bestandteil politischer Organisation.

Es ist zweifellos eine der Stärken dieses Bandes, dass an die Vielfalt vorgestellter Fallbeispiele einige Beiträge angeschlossen sind, die sich in allgemeiner Form mit dem vorgestellten Konzept auseinandersetzen. Unter diesen sticht der »No Statebuilding from Below!« betitelte Beitrag Wolfgang Reinhards aufgrund seiner grundsätzlichen Kritik hervor. Sie richtet sich im Kern gegen die Verwendung des Staatsbegriffes für die Vielfalt frühmoderner politischer Organisationsformen, da durch diese zumindest implizit der moderne Staat als Zielpunkt der politischen Entwicklung im Blick bleibe. Die Herausbildung des »Molochs« moderner Staat sei aber allein durch eine vollständige Machtkonzentration im Zentrum und an der Spitze der Gesellschaft zu erklären und könne nicht als Fortsetzung der frühneuzeitlichen Interaktionsprozesse verstanden werden. Daher plädiert Reinhard für einen radikalisierten Ansatz, der gezielt danach fragt, welche politischen Alternativen zum modernen Staat sich in der Frühneuzeit aufzeigen lassen.

Die direkte Erwiderung durch den Mitherausgeber Jon Mathieu weist Reinhards These, Staat sei eine »Verfallserscheinung« europäischer Politik, als letztlich persönlicher Perspektive geschuldet zurück und hebt die durch das Konzept der *empowering interactions* eröffneten Chancen hervor, zu einer ausgewogenen Sicht auf den Anteil von Bottom-up- und Top-down-Prozessen an der langfristigen historischen Entwicklung vorzudringen. Während Reinhard und Mathieu über Staatsbildung als Entwicklungsprozess mit unterschiedlich zu bewertendem Verlauf diskutieren, rückt vor allem der Beitrag von Barbara Stollberg-Rilinger den permanenten Charakter von frühmodernen Staatsbildungsprozessen in den Mittelpunkt der Betrachtung und damit die fortlaufende Neubestimmung von Machtverhältnissen durch Kommunikation. Da diese Prozesse auch unter den Bedingungen des modernen Staates andauern, verliert die Frage nach dessen Einordnung in langfristige Entwicklungen an Gewicht und es zeichnet sich die Möglichkeit ab, ihn als eine von vielen Varianten politischer Organisation statt als Zielpunkt einer Entwicklung oder als auszuschließenden Sonderfall zu verstehen.

Gerade durch die Vielfalt der vorgestellten Ergebnisse und Ansätze entspricht der Band dem Anliegen der Herausgeber. Es werden nicht nur neue Perspektiven der Untersuchung politischer Kulturen des Spätmittelalters und der Frühen Neuzeit aufgezeigt, sondern Leserinnen und Leser werden zugleich zu neuem Nachdenken über die Grundlagen von Staatlichkeit angeregt.

Karsten Holste (Halle)